

Zur livländischen Landespolitik.



Eine Charakteristik der Parteigruppierungen

von

Edmund v.^o Heyking.

~~~~~  
(Separatabdruck der „Baltischen Monatschrift“ )  
~~~~~

Riga.

Verlag von J. Deubner.

1878.



Von der Censur erlaubt. Riga, 22. November 1878.

Tartu Ülikooli Raamatukogu

Seit Jahresfrist ist das Interesse für unsere Landesangelegenheiten nach längerer Pause wiederum in den Vordergrund getreten. Auf dem Livländischen Landtage, auf der kurländischen ausserordentlichen Conferenz, auch bei den Vorbereitungen zu den Stadtwahlen in Riga sind communale Fragen von unbezweifelnder Wichtigkeit zur Verhandlung gelangt. Neben diesen mit politischem Charakter bekleideten Verhandlungen wurden in der Tagespresse und in gesonderten Schriften fortlaufend verschiedenartige Ansichten über die öffentlichen Angelegenheiten geltend gemacht. Die einschneidende Bedeutung der angeregten Fragen für das communale Leben und die grossen Differenzen der Meinungen, die hierüber zu Tage traten, haben eine eifrige Polemik hervorgerufen, die zum Theil eine sehr heftige Form annahm. Es dürfte ebensowenig einem Zweifel unterliegen, dass sich in den genannten Erscheinungen eine zusammenhängende Bewegung kennzeichnet, wie dass diese Bewegung noch weit entfernt davon ist, ihren diesmaligen Abschluss erreicht zu haben.

Die „Baltische Monatsschrift“ wird innerhalb des ihr von allen Seiten zuerkannten Gebietes bleiben, wenn sie in Nachstehendem den Versuch macht, aus dem Rückblicke auf die Vorgänge und Bestrebungen der nächsten Vergangenheit ein Urtheil über das Entwicklungsstadium, das die eben genannte Bewegung zur Zeit erreicht, hervorgehn zu lassen. Eine solche zusammenfassende Uebersicht wird zugleich über die Art und das Maass der bei uns vorhandenen Kräfte, auf deren Mitwirkung zur Erreichung politischer Ziele gerechnet werden darf, einige Auskünfte bieten.

Die nachfolgenden Zeilen sollen sich ausschliesslich mit den politischen Gruppierungen in Livland, insbesondere in den Kreisen der Landtagsberechtigten beschäftigen. Es erscheint nicht unnöthig, hervorzuheben, dass der Zweck dieser Darstellung zunächst ein lediglich orientirender ist und einer bestimmten Parteitendenz ferne steht; Objectivität der Schilderung, soweit solche möglich ist ohne den eigenen Standpunkt aufzugeben oder abzuschwächen, ist absichtlich in nachfolgenden Zeilen nie aus dem Auge verloren worden.

Als im Februar Monate dieses Jahres der livländische Landtag zusammentrat, da machte sich unter seinen Mitgliedern eine Stimmung bemerkbar, die von vorne herein nur wenig Hoffnung auf einen ruhigen und normalen Verlauf der Verhandlungen liess. Es waren dem Zusammentritt dieser Versammlung Ereignisse vorhergegangen, die eine starke Gereiztheit der einzelnen Gruppen der Landtagsglieder gegen einander veranlasst hatten. Eine Anzahl Landtagsglieder, die zum Theil eine hervorragende Stellung einnahmen, hatten in einer schriftlichen Kundgebung, die eine weite Verbreitung erhalten hatte, in sehr energischer und an das Pflicht- und Ehrgefühl appellirenden Weise zu einem zahlreichen Besuche des Landtages aufgefordert, um daselbst die von anderer Seite vorgebrachten Anträge auf Aenderung der bestehenden Landesverfassung mit möglichstem Nachdruck zurückzuweisen. Diesem Schriftstück, das in seiner Ausdrucksweise einer Verletzung der andersgesinnten Landtagsglieder sehr nahe kam, waren die bekannten Wetterleuchten-Briefe gefolgt. Diese Briefe riefen bei den Absendern jener Aufforderung und bei ihren Meinungsgenossen einen äusserst lebhaften Widerspruch, ja sogar heftige Erbitterung hervor. Eine unmittelbar vor der Landtagseröffnung erfolgende Besprechung der Wetterleuchten-Briefe in einer hiesigen Zeitung, der man vielleicht den Vorwurf machen konnte, diese Besprechung nicht schon früher, sondern gerade jetzt in dem Momente der akuten Erregung gebracht zu haben, steigerte die gereizte Stimmung im Landtagssaale noch mehr. Unter solchen Umständen war das Schicksal der wichtigsten Vorlagen schon vor der Verhandlung entschieden; wo durch vorhergehende Ereignisse der grösste Theil der Landtagsglieder in feste Gruppen geschlossen worden war, da konnte die Debatte unmöglich noch etwas zur Klärung und Bildung des Urtheils beitragen. Dazu, dass von diesem Landtage jede Aenderung der

bestehenden Verfassung abgelehnt werden würde, dazu bedurfte es in der That nicht einmal, dass bei der Eröffnung von sehr massgebender Stelle ein Lob des bestehenden Zustandes und eine Warnung vor modernen Doctrinen ausgesprochen wurde.

Der von dem letzten Landtage zurückgewiesene Antrag auf Aenderung der bestehenden Verfassung war von dem Herrn Landrath von Oettingen, dem Herrn Kreisdeputirten Baron Tiesenhausen und dem in der Folge dimittirten Kreisdeputirten von Mensenkampff gestellt worden. Der Antrag bezweckte eine Vertretung der Landbevölkerung auf den Kreistagen nach einem von den genannten Herren ausgearbeiteten Projecte. Der nähere Inhalt dieses Projectes ist seiner Zeit von den Tagesblättern vielfach besprochen worden und darf wohl hier als bekannt vorausgesetzt werden. Auf den Verlauf der Verhandlungen im Landtage über diesen Antrag werden wir einen kurzen Blick werfen müssen, da diese Verhandlung für das künftige Schicksal dieses Projectes, wie für dasjenige anderer Reformbestrebungen bedeutsam geblieben ist.

Wohl selten ist ein Reformproject, das eine eingreifende Aenderung einer bestehenden Verfassung zu bewirken unternahm, mit so wenig Energie und Ausdauer seitens seiner Urheber vertheidigt worden; wohl selten hat es so weniger Anstrengungen der Gegner bedurft, um ein solches Project zu Fall zu bringen. Die Kreistagsreform schien in der Debatte des Landtages zu einem verwaisten Kinde geworden zu sein, dessen Väter nur mit Widerstreben sich zu dieser Urheberschaft bekennen wollten. Das Project wurde so ohne Sang und Klang zu Grabe getragen, dass man behaupten darf, nicht einmal seine Feinde hätten an der siegreichen Bekämpfung desselben rechte Freude gehabt.

Bei der kurzen Debatte über diesen Antrag waren gleichwohl unter den Vertretern der Kreistagsreform Unterschiede der Anschauungen zu Tage getreten, die in dem Projecte nur zeitweise verdeckt worden waren, die aber, wie die Folge gelehrt hat, auf einem unausgeglichenen Gegensatz politischer Principien beruhten.

Der Kreistagsreform-Entwurf beantragte, künftighin die Kreistage durch zwei Delegirte von jedem Kirchspielsconvent beschicken zu lassen. Da nun die Kirchspielsconvente zu gleichen Theilen aus Grossgrundbesitzern und Gemeindeältesten zusammengesetzt sind, die Gemeindeältesten aber von der ganzen Bauer-gemeinde gewählt werden, so war eine indirecte Vertretung

des Bauerstandes durch gemeinsam mit dem Grossgrundbesitz gewählte Delegirte beabsichtigt. Gleich nach Einbringung dieses Kreisreform-Antrages auf dem Landtage wurde von einer den Urhebern des Entwurfs nahestehenden Seite ein Amendement gestellt, nach welchem nicht die Gemeindeältesten als Wahlmänner der ganzen Bauergemeinde die Delegirten zum Kreistage erwählen, sondern ausschliesslich die Bauergrundbesitzer jeder Gemeinde einen Wahlmann zur Wahl der Kreistagsdelegirten entsenden sollten. Obgleich dieses Amendement bemerkenswerther Weise selbst bei den Urhebern des ursprünglichen Entwurfs Unterstützung fand, und ohne Zweifel nicht in demselben Grade, wie das erste Project, die Abneigung der Landtagsmajorität gegen sich erregte, so musste es dennoch das Schicksal des Gesamtentwurfs theilen und wurde einfach abgelehnt.

Der hier bezeichnete Gegensatz der Anschauungen innerhalb der Gruppe der Anhänger einer Kreistagsreform war nicht nur die hauptsächlichste Ursache der ungeschicklichen und fast wider Willen geführten Vertheidigung des genannten Projectes in jenen Sitzungen, er wirkt auch noch gegenwärtig dahin, dass ein einheitliches und erfolgreiches Vorgehen der Reformfreunde im Landtage schwer denkbar ist.

Ein Ausgleich dieser gegenseitigen Anschauungen lässt sich unter den jetzigen Umständen kaum erwarten. Diejenigen Reformfreunde, die ausschliesslich eine Vertretung des Kleingrundbesitzes zulassen wollen, können sich nicht entschliessen, diese ihre Ansicht zu Gunsten einer projectirten Vertretung der ganzen Bauergemeinde aufzugeben, weil sie mit Recht voraussetzen, dass die Majorität des Landtages immerhin noch eher zur Annahme einer auf den Grundbesitz gestützten Bauervertretung, als zur Zulassung der beim Grossgrundbesitz besonders unbeliebten Gemeindeältesten, als Wahlmänner der Bauergemeinde, sich bereit finden würde. Dagegen können die Anhänger der Vertretung der ganzen Gemeinde sich nicht dazu verstehen, der leichteren Durchbringung auf dem Landtage zu Liebe dieses Princip zu opfern, weil sie der Meinung sind, dass die Staatsregierung die Bestätigung einer Verfassungsänderung vielleicht wohl für einen von der ganzen Gemeinde mittelbar beschickten Kreistag, nie aber für Vertretung des Kleingrundbesitzes mit Ausschluss der übrigen Gemeinde ertheilen würde.

Freilich ist dieser Gegensatz der Anschauungen innerhalb

der Gruppe der livländischen Reformfreunde nur ein Factor in einer ganzen Reihe von Ursachen, die keine erfolgreiche Action derselben zur Zeit erhoffen lassen. Diejenigen Reformfreunde, bei denen das Streben nach einer Reform über eine blossе Neigung hinausgeht, bilden eine numerisch so schwache Gruppe des Landtages, dass streng geschlossenes und einmüthiges Vorgehn im Saale und in der Agitation ausserhalb desselben die erste Vorbedingung zum Erfolge wäre. Eine solche Einigkeit steht bei der jetzigen Zusammensetzung dieser Gruppe leider nicht in Aussicht.

Nicht nur über das Ziel, nach welchem zu streben, sondern auch über die Mittel, die man zur Erreichung politischer Ziele verwenden dürfe, gehen die Ansichten weit auseinander. Die principielle Trennung der Meinungen in Bezug auf die Verwendbarkeit gewisser Mittel zeigte sich deutlich, als gegen Schluss des letzten Landtages ein Project auftrat, das nähere Erwähnung verdient. Als die Verhandlungen dieses Landtages ihrem Ende entgegengingen und seine Resultate, vornehmlich die der Schlussitzungen, Freund wie Feind, fast mit gleicher Bestürzung zu erfüllen schienen, da musste bei den nach erlittener Niederlage heimkehrenden Reformfreunden der Gedanke entstehen, dass, wenn auch die Führer der „Conservativen“ die Hauptschuld daran trugen, dass den Anachronismen der livländischen Verfassung eine neue Lebensfrist gestellt worden war, so doch das Vorgehn der „Liberalen“ sicher nicht geeignet erscheinen konnte, das Zutrauen und die Unterstützung des Landes zu gewinnen und namentlich viel zu rathlos und schwach geblieben war, um das mit immerhin achtungswerther Energie und Courage hochgehaltene Banner der Reaction, das eben wieder stolz über Livland flatterte, den Händen der Gegner zu entreissen. Aus diesem Bewusstsein der eigenen Schwäche und dem Gedächtniss an die erlittene Niederlage entstand im Kreise der Reformfreunde die Idee, eine Verstärkung der eigenen unzulänglichen Kräfte aus anderen, ausserhalb des Landtages stehenden Kreisen herbeizuführen. Es war dieses das Project einer sogenannten Landesreformpartei. Es war abermals ein Project, das seine Väter bei seinem Entstehen am liebsten sofort wieder im Stich gelassen hätten und das jedenfalls in seiner eigentlichsten Bedeutung, der Heranziehung nichtindigener Kräfte zur Reformpartei, niemals auch nur den Versuch erfahren hat, ernstlich in Anwendung gebracht

zu werden. Wohl sprach die „Rigasche Zeitung“, sowie das mit aner kennenswerthem politischen Tacte redigirte Lettische Blatt „Rigas Lapa“ die Aufmunterung aus, die Reformfreunde im Landtage möchten sich vertrauensvoll an die Gesinnungsgenossen ausserhalb des Landtages wenden, sie würden bereitwillige Unterstützung und das Gewicht der öffentlichen Meinung für sich gewinnen — es ist nichts geschehen um eine gemeinsame Action der Reformfreunde im Landtage und der gleichgesinnten nichtlandtagsberechtigten Elemente vorzubereiten. Die Scheu, etwas gegen die Traditionen des Landtages, die mit der Festigkeit gesellschaftlichen Herkommens und guten Tones ausgestattet sind, zu thun, liess dem Plane von vornherein wenig Aussicht zur Durchführung. Auch wird man nach näherer Betrachtung der realen Verhältnisse zugeben müssen, dass eine Verbindung von Landtagsgliedern mit ausserhalb stehenden Personen so wenig Vortheile und vornehmlich einen so geringen Machtzuwachs zu bieten scheint, dass durch dieselben schwerlich diejenigen Nachtheile aufgewogen werden könnten, die durch den Bruch des Herkommens und die daraus folgende Minderung des moralischen Gewichts und Einflusses der Reformfreunde im Landtagssaale möglicherweise entstehen würden. Zur Erledigung dieser Frage werden wir vor Allem untersuchen müssen, welcher Art und von welchem Umfange die Unterstützung sein könnte, die aus den ausserhalb des Landtages stehenden Kreisen den livländischen Reformfreunden zugehen würde.

Wenn im Auslande ein Kreis reformfreundlicher Grossgrundbesitzer eine Verbindung mit anderen socialen Gruppen zum Zweck der Durchführung einer Reform suchen wollte, so würde er in erster Linie eine Annäherung an die mit dem Liberalismus historisch verwachsenen Gesellschaftsclassen, die Vertreter des flüssigen Capitals und des auf geistiger Arbeit beruhenden Erwerbes anstreben.

Was bietet unsere Provinz an derartigen Kräften? Vertreter des Grosscapitals in Handel und Industrie, die als politische Factoren in Betracht kommen könnten, giebt es bei uns nicht — darüber dürfte wohl kein Zweifel vorhanden sein. Wohl aber finden wir in Riga eine zahlreiche Gesellschaftsclassen, in der Bildung und geistige Arbeit nicht nur seit Generationen zu Hause ist, sondern die auch im Besitze eines wohlbegründeten, zum Theil altererbten Wohlstandes sich befindet, und die daher

an politischer Zuverlässigkeit, wie an durchgebildeter wahrhaft humaner Weltanschauung es wohl mit der Classe der Beamten, Gelehrten, Advocaten und Schriftsteller des Auslandes würde aufnehmen können. Bietet diese bei uns officiell „Literaten“ genannte sociale Gruppe nun etwa die Kräfte, mit denen sich ein energischer Schritt vorwärts aus den bis hiezu überkommenen Verhältnissen bewerkstelligen liesse? Wir müssen die Frage leider mit „Nein“ beantworten. Das Rigasche Patriziat, als Ganzes genommen, ist heute der natürliche Bundesgenosse der Stillstandspartei des Landtages. Wenn heute noch in den vertraulichen Besprechungen der Landtagsmajorität über den „Liberalismus“ der Literaten geredet wird, oder wenn gar ein offener Herziger Hochtort, der den heutigen Abscheu seiner Parteigenossen vor der Druckerschwärze nicht zu theilen schien, noch vor Kurzem über „liberale Professionisten“ seinen Zorn äusserte, so entsprach dieser Antagonismus durchaus nicht mehr den realen Verhältnissen der Gegenwart und war nur einer alten Gewohnheit, die noch aus den Zeiten des Güterbesitzprivilegs und Nöherrechts stammte, zuzuschreiben. Denn freilich hat es in Riga einst eine liberale Partei gegeben, deren Hauptbestandtheil eben die Literaten bildeten. Die Blätter der früheren Jahrgänge dieser Zeitschrift geben Zeugniß von dem Eifer und dem Nachdruck, mit welchen die liberalen Ideen hier vertreten wurden. Um die Freigebung des Güterbesitzrechts, um die Erweiterung der Rechte nicht-adliger Grossgrundbesitzer haben die Alt-Liberalen Rigas mit Anstrengung aller Kräfte gekämpft. Damals war die Verbindung zwischen den zur gleichen Zeit herrschenden „Liberalen“ des Landtages und den „an die Thore des Landtages klopfenden“ Literaten fast ununterbrochen aufrechterhalten worden. Warum ist nun heute aus dem Kreise jener alt-liberalen Kämpen Rigas keine Unterstützung mehr für die Reformfreunde im Landtage zu erwarten? Wir werden, um die Ursache dieser Erscheinung zu finden, vor Allem feststellen müssen, dass zwischen damals und jetzt eine gewaltige Veränderung dessen, was „liberal“ genannt werden darf, sich vollzogen hat.

So aufrichtig die Grundsätze und Bestrebungen des west-europäischen, genau gesprochen germanischen Liberalismus in den Herzen der hiesigen Literaten jener alten Schule Platz gefunden haben mochten, so energisch und unablässig auch um die Abtragung feudaler Sonderrechte gekämpft wurde, so war es

doch immerhin ein Liberalismus, der sich der Grenzen des Kreises, auf den seine Grundsätze Anwendung finden sollten, sehr genau bewusst war, ja der sogar in vornehmer Sicherheit es des Bedenkens gar nicht werth erachtete, dass hinter jenen Grenzen auch noch ein Gebiet liege, das einst möglicherweise verlangen könnte, die Segnungen des Liberalismus auf sich ebenfalls ausgedehnt zu sehn. Mochte der ständische Hader zwischen Adel und Städtern vielfach auch noch so unerquicklich und kleinlich zu Tage treten, mochten von der Schule und der Studentencorporation bis zu den Mussestunden greiser Männer auch Adlige und Literaten wie zwei von Gott und Natur geschiedene Gattungen neben einander hergehen, es war dennoch klar, dass der „adelshassende“ Literat im Grunde seines Herzens und seiner innersten Ueberzeugung nach sich selbst zur Aristokratie zählte und dass er daher bei einer gewissen Grenze und in einer principellen Frage der Bundesgenosse des Adels werden musste. Es war ein Liberalismus gewesen, wie er etwa im klassischen Griechenland möglich war: selbst die weitgehendsten Demagogenführer Athens bekämpften die herrschende Gesellschaftsclasse immer nur unter der stillschweigenden Voraussetzung, dass, möge nun die Aristokratie oder die Demokratie ans Staatsruder gelangen, der Slavenstand unverändert bei seinen Rechten und Pflichten erhalten bleiben müsse und dass selbst die leidenschaftlichsten Declamationen über Freiheit und Billigkeit niemals den Zustand und das Gemüth dieser Bevölkerungselasse berühren könnten.

Wer wollte noch behaupten, dass es sich heute in unserer baltischen Politik um Ausbreitung dieser oder jener Adelsvorrechte auf bürgerliche Gutsbesitzer oder auf grundbesitzende Literaten handelt? Nichts hat mehr die erschreckende Ohnmacht, die gegenwärtige kritische Lage nur klar in's Auge zu fassen und zu würdigen, bewiesen, als der Versuch des vorigen Landtages, durch Ertheilung einiger, dazu noch wohlbeschnittener Stimmrechte an bürgerliche Gutsbesitzer den dringenden Forderungen der Zeit nach Reform Genüge zu leisten. Vor 12 Jahren hätte diese Massregel Beachtung beanspruchen können, jetzt erinnerte sie an jenen italienischen Fürsten, der von einer die Thore seines Palais bestürmenden Revolution um Unterzeichnung einer Constitution bedrängt, zur Beruhigung der Gemüther proclamiren liess, dass er die ständische Kleiderordnung abschaffen werde.

Als ob bei dem Bestande eines Virilandtages, in welchem ein Stimmrecht nicht auf Grund der Befähigung und des erworbenen öffentlichen Vertrauens sondern auf Grund des Besitzes einer gewissen Hakenzahl geübt wird, es darauf ankommen könnte, dass einige Grossgrundbesitzer mehr, die zufällig kein „von“ vor dem Namen führen, an gewissen Abstimmungen theilnehmen dürften. Nein, es handelt sich heute nicht mehr um einen Kampf des Adels mit dem Bürgerthum, wie zu Zeiten der Verbindung jener Alt-Liberalen Rigas mit der damaligen liberalen Landtagspartei. In allen Kreisen des Landtages, ohne Ausnahme, werden die dahin gehenden Fragen als Nebensachen behandelt. Der Punkt, auf den es heute ankommt, ist nicht einem Liberalismus begreiflich, dessen letztes Princip stets der Colonisten-Stolz gewesen und dessen Träger sich stets als herrschende Race gefühlt. Das Ziel, um das es sich heute handelt, wenn man von liberaler baltischer Politik sprechen will, ist die Aufhebung der Abgeschlossenheit der verschiedenen Nationalitäten des Landes gegen einander und die Schaffung dessen, was den baltischen Landen zu ihrem schwersten Unheile bisher gefehlt hat: eines einigen Volkes. Auf dem Boden der Allen gemeinsamen Cultur soll eine Einheit entstehen, die den Besonderheiten jeder Nationalität gleichmässig Rechnung trägt, die aber keine ererbte Herrschaft bestimmter Gesellschaftsclassen und einer Race, sondern nur die natürliche Führerschaft der Intelligenz und politischen Reife kennt. Es ist, um ein bereits früher citirtes Wort zu gebrauchen, „die Abolition der Racenprivilegien“ *), auf die sich heute bei uns jede Reform, die den Namen verdient, richten wird. Das ist die Forderung der Zeit an den Liberalismus. Dass dieses eben citirte Wort aus den Kreisen des livländischen Adels stammt, dass bereits lange vorher in diesen Kreisen die Nothwendigkeit betont wurde die Landbevölkerung zur politisch-communalen Thätigkeit herbeizuziehen und so die Interessen aller Nationalitäten solidarisch zu machen, das beweist, dass auch der livländische Adel jene alte historische Erfahrung wahr machen wird, dass die wirklich liberalen, d. h. befreienden Gedanken stets ihre ersten Vertreter in den Reihen der herrschenden Aristokratie gefunden haben, einer Aristokratie, die eben dadurch

*) Aus einer bisher nicht zum Druck gelangten Arbeit; citirt: „Ztg. f. St. u. L.“ Nr. 88 d. J.: „Was wollen die Vertreter einer Landesreform?“

bewies, dass in dem Moment, wo ihr die Herrschaft verloren zu gehen drohte, sie sich noch fähig erweisen werde, die Führerschaft zu übernehmen.

Welche Stellung das Literatenthum zu jener Frage einnimmt, darüber kann nach dem letzten Wahlkampfe in Riga nicht mehr discutirt werden. Mag das Auftreten einzelner Führer der zum Siege gelangten Wahlpartei in seiner sicheren Ritterlichkeit noch so gewinnend, und dem in dem Bewusstsein seiner Geschichte aufgewachsenen Balten noch so sympathisch sein, liberal in dem Sinne unserer Zeit war dieses Auftreten nicht. Von einer Anerkennung des Anspruchs anderer Nationalitäten auf Gleichberechtigung, wenn auch nur als eines Beachtung verdienenden Versuches, war keine Rede.

Ohne uns hier auf eine Erwägung der Folgen dieser vom Colonisten Standpunkte geführten Politik der Rigaschen Literaten einlassen zu können, wollen wir hier nur feststellen, dass für die nächste Zukunft es als constant bleibender Factor in Rechnung zu ziehen sein wird, dass ein jeder Versuch, die Landbevölkerung zu einer engeren politischen Verbindung, als bisher, mit der herrschenden Nationalität heranzuziehen auf den energischen Widerstand der Führer des deutschen Bürgerstandes, eben der Literaten, zu rechnen hat.

Freilich darf nicht übersehen werden, dass sich auch in diesen Kreisen Stimmen erhoben haben, die unerschrocken und klar auf neue Bahnen hinwiesen. Vor Allem ist hier G. Keuchel zu nennen, dem der Ruhm gebührt, als Erster den Bann gebrochen zu haben, der düster und schwer seit jener Stunde auf Livlands politischem Denken und Handeln lastete, in der eine in gerechter Entrüstung und in glühendem Ehrgefühl geschriebene „Antwort“ im ganzen Lande bejubelt, aber leider auch missverstanden worden war. An dieser Stelle hatte Keuchel den Muth und die Gedankenconsequenz, auf den einzigen Weg hinzuweisen, der den Provinzen heute noch offen steht, mag er noch so oft und so eindringlich als Pfad des sicheren Untergangs bezeichnet worden sein. Aber die Vorgänge, die das Erscheinen des Keuchelschen Programmes begleiteten, bewiesen eben, wie vereinzelt Diejenigen stehen, die bei uns eine Reform nicht bloss mit platonischer Sehnsucht herbeiwünschen, sondern auch ihre Consequenzen ins Auge zu fassen und in Berechnung zu ziehen wagen. Obgleich das Keuchelsche Programm in seinem Schlussätze

behaupten durfte, „dass es in den dem Redacteur zunächst stehenden Kreisen einmüthige Zustimmung und Zusicherung kräftiger Unterstützung erfahren habe,“ so musste Keuchel es doch erleben, dass, als aus anderen baltischen Orten gegen dieses Programm abweichende Meinungen laut wurden, auch ein grosser Theil jenes ihm nahestehenden Kreises von jenem Programm sich lossagte, als sei damit ein unzuverlässiger vulkanischer Boden betreten worden, von dem man sich baldigst wieder auf den gewohnten und vertrauten Grund der baltischen Unveränderlichkeit und Beschaulichkeit zurückziehen müsse. Ein Aufruf Keuchels zur Bildung einer Landesreformpartei, der in diesem Jahre erfolgte, und in welchem er das wahrhaft geniale Wort von dem Uebergange der Herrschaft in eine Führerschaft aussprach, hat ebenfalls keinen Anklang gefunden.

Wenn nach den geschilderten Stimmungen und Vorgängen die Bildung einer allgemeinen Landesreformpartei an dem Mangel genügender Elemente für dieselbe scheitern muss, andererseits die Reformfreunde im Landtage theils überhaupt zum Vorgehen nicht stark genug, theils unter sich allzu uneins über die Art und Weise dieses Vorgehens sind, so bleibt, als für die Durchführung einer Verfassungsreform in Betracht kommender Factor, nur noch die heutige Landtagsmajorität, die sog. „conservative Partei“ übrig. Wenn diese Darstellung sich die Aufgabe setzte, die im Lande vorhandenen politischen Gruppierungen auf ihre Fähigkeit hin, eine Reform auszuführen, zu prüfen, so wird man sich nicht wundern dürfen, dass auch die „Conservativen“ als mögliche Träger der Reformidee hier in Betracht gezogen werden. Nur eine Auffassung, die alle Erscheinungen nach schablonenhaften Gesichtspunkten ordnet, könnte den Einwand erheben, dass es dem Wesen einer „conservativen Partei“ widerspreche, eine Reform der bestehenden Verfassung in Angriff zu nehmen. Wer sich darüber klar geworden, dass politische Fragen stets ihrem inneren Wesen nach Machtfragen sind, der wird nicht in Erstaunen gerathen, wenn wir hier sehr ernstlich die Frage in Erwägung ziehen, ob seitens der Führer der letzten Landtagsmajorität etwa die Durchführung einer Reform erwartet werden darf. Dass zu Zeiten die Initiative zu einer weitangelegten Reform nicht von den „Liberalen“, sondern von einer Seite ausgeht, die gemeinhin „conservativ“ genannt wird, das hat man im vergangenen Sommer auf der kurländischen Conferenz sehen

können, wo die Einführung einer erweiterten Landesverfassung von unbezweifelt conservativer Seite proponirt und von Vertretern durchaus conservativer Interessen unterstützt, dagegen von liberal-theoretischer Seite im Vereine mit „liberalen“ Landsassen, freilich auch mit einigen „Conservativen“, nach livländischen Begriffen, abgelehnt wurde.

Auch die Thatsache, dass die Majorität des letzten Landtages eine allen Veränderungen abgeneigte, oder doch passive Stimmung den Reformbestrebungen gegenüber, bekundet hat, und dass die Führer der Majorität in wohl vorbereiteter Weise die Parole der Reaction gegen liberale „Neuerungen“ ausgegeben, bietet noch keinen Beweis dagegen, dass in nächster Zukunft man von diesem Lager aus es für geboten erachten könnte, eine Reform ins Werk zu setzen. Ein kurzer Blick auf die allgemeine Physiognomie der letzten Landtagsmajorität wird uns über die Möglichkeit eines solchen Falles Belehrung schaffen.

Zu Anfang der Landtagsperiode und wiederum zum Schluss derselben begegnen wir je einem Bekenntniss der leitenden Principien der conservativen Landtagsmajorität. Die erste dieser Principien - Aufstellungen findet sich in dem bereits erwähnten Parteiauftrage der Conservativen, in welchem ausgesprochen wird, dass „die weitere Entwicklung und Vertretung der Schule und Kirche, die Pflege der Justiz, die Verwaltung, die Mehrung und Entfaltung der wirthschaftlichen Kräfte und des materiellen Wohles der Provinz“ nur gewahrt werden können, wenn dieselben „unter Leitung und Obhut des Landtages in seiner jetzigen Zusammensetzung“ verbleibe. Diesen Worten, die eine durchaus passende Einleitung zu den späteren Vorgängen auf dem Landtage bildeten, folgte als Gegenstück und als abschliessender Epilog zur Thätigkeit des Landtages die Motivirung des Beschlusses, keine Commission zur Ausarbeitung einer Kreis-tagsreform niederzusetzen: weil nämlich die Niedersetzung einer solchen Commission die Anerkennung einschliessen würde, dass „die bestehende Verfassung den Bedürfnissen des Landes nicht mehr entspreche“. Der Landtag versagte demnach im Jahre 1878 diese Anerkennung; es fällt schwer sich hierbei jeder Bemerkung zu enthalten.

Trotz dieser in buchstäblichem Sinne gegen jede Aenderung der Verfassung gerichteten Aeusserungen der conservativen Landtagsmitglieder, war diese repressive Haltung gleichwohl in erster

Reihe gegen ein bestimmtes Reformproject, gegen jene oben erwähnte Kreisordnung gerichtet. Die Kreisordnung war das concrete Object, das eigentlich gemeint wurde, wenn man während des vorigen Landtages in allgemeinen Sätzen von modernen Doctrinen, liberalisirenden Neuerungen und von dem verderblichen Aufgeben des Palladiums livländischer Grösse, der bestehenden Verfassung, sprach.

Die Begriffe einer Reform der Verfassung überhaupt und der Annahme der Kreisordnung waren so ineinander gemengt worden, dass man mitunter von offener Seite oder naiver redender Seite, wenn die Nothwendigkeit einer zeitgemässen Aenderung der Verfassung betont wurde, als Antwort den Abweis hören konnte: diese Kreisordnung sei ja aber doch ganz unhaltbar! Man kann daher mit einigem Recht sagen, dass die Einbringung des Kreistagsreformprojectes den Conservativen den grössten Dienst geleistet hat, da die allgemeine Unpopulartät, in der dieses Project stand, es leicht machen musste, mit diesem einen Beispiele die Abneigung gegen jede von der Gegenpartei ausgehende Bestrebung auf Aenderung der Verfassung zu erwecken.

Wenn es der Kreistagsreform, oder einem anderen aus der liberalen Landtagsgruppe hervorgegangenen Projecte gelungen wäre, eine Majorität zu vereinigen und angenommen zu werden, so wäre mit demselben Beschlusse die gegenwärtige Macht der „conservativen“ Führer gebrochen gewesen und die „liberale“ Partei hätte an ihrer Stelle die Führung übernommen. Niemand, der sich mit dem Leben eines parlamentarischen Körpers vertraut gemacht hat und der weiss, dass der Sieg einer Meinung allemal auch eine Besiegung und Verdrängung von Personen bedeutet, wird obigen Satz bestreiten wollen.

Wie sehr übrigens ein Wechsel der leitenden Ideen im Landtage keine blosser Aenderung der politischen abstracten Principien, sondern vielmehr eine Verschiebung der Machtverhältnisse und speciell eine Personenfrage bedeuten würde, haben die während des letzten Landtages stattgehabten Wahlen und die Vorgänge auf den Schlussitzungen zur Genüge bewiesen. Die Parteigegensätze sind in Livland längst schon zu ausgebildet und zugespißt, als dass es einem Zweifel unterliegen könnte, dass der Sieg eines von liberaler Seite gestellten Reformantrages sehr bald Männer dieser Richtung in die heute von den conservativen Führern in Anspruch genommenen Stellungen bringen würde.

Auf dem letzten Landtage ist nun als Resultat des überaus leicht erfochtenen Sieges über die Reformpläne der „Liberalen“ eine bedeutende Stärkung der Macht und Festigung der Herrschaft der conservativen Führer hervorgegangen. Dass aber Letztere glauben könnten, mit einem solchen zu Fall bringen aller von liberaler Seite ausgehenden Reformanträge schon genug gethan zu haben, um die Macht in Händen zu behalten, darf schwerlich angenommen werden. Dass ferner die Führer der Conservativen, namentlich diejenigen, die bereits der jüngeren Generation angehörig, durchaus modern gebildet und gerade wegen ihrer streng aristokratischen Denkweise vielleicht mit einem freieren Blicke begabt sind, für die Bedürfnisse der Gegenwart keinen Sinn haben und meinen sollten, dass man mit blosser Negation sich werde halten können — das zu glauben, verbietet einfach die Achtung vor dem Gegner. In der That findet sich in jüngster Zeit vielfach ein Gerücht verbreitet, nach welchem man in den leitenden Kreisen der Conservativen sich ernstlich mit Ausarbeitung eines Projectes zu einer Heranziehung des Kleingrundbesitzes zur politisch-communalen Thätigkeit beschäftigt.

Dass ein von den Führern der Conservativen eingebrachter Verfassungsentwurf nicht etwa auf Seiten ihrer bisherigen Anhänger einen consequenten Widerstand antreffen würde und sich so eine Gruppe unter den Conservativen bilden könnte, die plus royaliste que le roi wäre, dafür bürgt eine eben im Beginn begriffene Aenderung der bisherigen Stimmung im Lande. Man darf zum Mindesten sagen, dass die reactionaire Hochfluth ihren höchsten Punkt bereits erreicht hat, und dass eine Rückströmung demnächst zu erwarten steht.

In dieser Hinsicht ist es von höchster Bedeutung gewesen, dass die im letzten Landtage so hoch gehende reactionaire Strömung sich gänzlich uneingeschränkt und vollständig hat entwickeln können. Dadurch, dass diese Richtung bis in das äusserste Extrem gehen durfte und sich dadurch gleichsam selbst überschlug, haben die Consequenzen dieser Politik des Stillstandes selbst indolenteren und am wenigsten zu weitschauenden Blicken in die Zukunft geneigten Augen klar werden müssen.

Nicht nur, dass gleich nach Schluss des letzten Landtages gerade bei den selbstständigeren und tüchtigeren Elementen der siegreichen Majorität ein schwer zu verhehlender Widerwille gegen das unerquickliche Treiben der Stimmenschmiedung und

Parteischulung sich bemerkbar machte, es ist auch späterhin eine vielfach beobachtete Erscheinung gewesen, dass, sobald die Zeit des akuten Kampfes gegen die bittergehassten „Liberalen“ vorüber war, sobald der in der „blauen Grotte“ und in anderen Privat-zusammenkünften wohlgenährte Parteifanatismus mit seiner dazu gehörenden Nervenüberreizung geschwunden war, sich auch bei den getreuen Besuchern der Gildestubenversammlungen das ernüchternde Bewusstsein eingestellt hat, dass dieser mit soviel Energie und Kraftaufwand verteidigte Stillstand unserer Entwicklung, diese prompte Niederstimmung jeder Mahnung, doch an die Zukunft zu denken, nichts weiter bedeute, als die Kurzsichtigkeit zum politischen Princip zu erheben und das furchtbare Wort: après nous le déluge! praktisch ins Werk zu setzen.

Es ist hierbei kaum nöthig, um jeder Einsprache zu begegnen, einzuräumen, dass hier und da in einem entlegeneren Winkel des Landes es noch Etliche giebt, die der unbeugsamen Ueberzeugung leben, die Weltgeschichte mache für Livland eine Ausnahme und werde eine Weile noch stille stehn und warten, wie sie es bisher schon eine gute Zeit lang gethan hat. Von solchen Anschauungen ist nun nicht zu reden, wenigstens nicht, wenn man von politischen Factoren spricht.

Derjenige, dem unsere Zustände vollkommen befriedigend oder höchst erfreulich erscheinen, der wird nie verstehen, dass diese ihm so angenehmen Verhältnisse einem Anderen das Vorstadium zum Untergang bedeuten können; denn wer irgendwo behaglich im Wohlgeföhle sich dehnt, dem wird nie klar zu machen sein, dass unmittelbar neben ihm einem Anderen die nothwendige Luft zum Athmen fehlt.

Es kam hier nur darauf an, hervorzuheben, dass seit Schluss des letzten Landtages auch in den Kreisen der bisherigen Majorität sich verschiedene Bedenken gegen das bisherige Verhalten der Partei geltend gemacht haben, und dass man auch in diesen Kreisen sehr wohl fühlt, es müsse etwas geschehen — so wie bisher, ginge es doch nicht mehr. Die Erkenntniss eines solchen sich vorbereitenden Umschwungs in der politischen Stimmung des Landes hat denn wohl selbst die Intransigenten unter den Conservativen Führern zur Ueberzeugung gebracht, dass sie etwas thun müssten, um diesen zur Zeit noch unbestimmten Wünschen und Bestrebungen entgegenzukommen, wenn anders sie noch länger ihre unbedingte Herrschaft auf dem Landtage

behaupten und nicht ansehen wollten, dass die „Liberalen“ schliesslich doch ihre Pläne und Ideen zur Geltung brächten und damit die Macht und die Leitung in die Hand bekämen. Mit diesen Erwägungen stehen wohl die eben erwähnten Gerüchte über ein auf conservativer Seite ausgearbeitetes Reformproject in Zusammenhang. Dass übrigens die conservativen Führer nicht etwa eine Menge hinter sich haben, die stets willenlos und bedingungslos ihnen folgt, dass sie vielmehr auch in wichtigen Fragen sich nach den Wünschen und Anschauungen der Partei richten müssen, das zeigte sich schon während des letzten Landtages, als zum Schluss bei einer äusserst wichtigen Macht- und Personenfrage die bis dahin musterhafte Disciplin der Partei gänzlich den Dienst versagte.

Zwischen den gebildeteren und freisinniger denkenden Mitgliedern der conservativen Landtagsmajorität und den Habitués der politischen Discutirabende der Alt-Liberalen ist der Gegensatz der Ansichten weder so gross, noch der Parteilader in normalen Zeiten so entflammt, dass sich eine Vereinigung dieser Elemente auf ein gemeinsames Programm nicht sehr wohl denken liesse. Diese Alt-Liberalen des Landtages sind ebenso wie die bezeichneten selbstständigeren Elemente der Conservativen von den uneigennützigsten und wahrhaft humanen Absichten beseelt, fern von jeder Gehässigkeit und Intoleranz gegen Andersgesinnte und würden ein unschätzbbares Material zur Bildung einer Partei abgeben, deren Führer sich nicht zu scheuen brauchte, von ihr Opfer und Entságungen zur Erreichung anerkannter Ziele zu verlangen. An einem solchen Führer aber, an einem energischen und gebietenden Manne, der diese zerstreuten und schwankenden Bestrebungen zu einem gemeinsamen Wollen vereinigen könnte, fehlt es leider.

Von den heute noch zur „alt-liberalen Partei“ zählenden Landtagsmitgliedern ein entschiedenes Auftreten auf dem Landtage, ein nachhaltiges Vertreten einer bestimmten Reform zu erwarten, wäre ganz vergeblich. Zwar ist die Zahl Derer nicht so gering, die aus Gewohnheit und aus Neigung zu westeuropäischen Ideen und zu gebildeteren Gesprächen über politische Fragen an jenem zwanglosen Meinungs-austausch über die Gegenstände der Landtagsverhandlungen theilnehmen und die historische Reminiscenz einer liberalen Partei aufrechterhalten. Auch fehlt es wahrlich nicht in dieser Gruppe an Männern, die in scharfem

Denken geschult und im öffentlichen Leben erfahren sind. Es giebt unter der liberalen Gruppe vielleicht keinen Einzigen, den Indolenz oder Unfähigkeit hinderte, einzusehn, dass die Frist zum Handeln in rasender Eile abläuft, aber es giebt Viele, bei denen die Scheu vor stärkeren Störungen des Friedens und der Ruhe, die Rücksicht für Dieses und Jenes, die bessere Erkenntniss überwiegt. Das geheime Gruseln vor dem, von den Conservativen unablässig vorgeschobenen Popanz, „was wird aus der Sache gemacht werden?“ erzeugt bei den Meisten jenen halben Muth, der zwar vorgehen will, aber die Verantwortung nicht allein tragen möchte. Die Anderen, die wohl überzeugt sind, dass wer Etwas gewinnen will, auch Etwas wagen muss, werden durch die Rücksicht auf die traditionelle Zusammengehörigkeit der alt-liberalen Gruppe zurückgehalten, eine selbstständige Initiative zu ergreifen. Es wäre sehr undankbar, wollte man die grossen Verdienste der liberalen Landtagspartei läugnen; sie hat in jener nicht gar zu fernen Zeit, als die Conservativen des Landtags noch nicht baltische Eigenart, sondern wohlverstandene Standesinteressen vertraten, die idealen Zielpunkte der Landespolitik verfochten, sie hat in letzter Zeit, nachdem die conservative Partei eine unzweifelhaft patriotischere Richtung angenommen und allgemeine Landesinteressen vertreten hat, die Idee der Fortentwicklung und des geistigen Zusammenhangs mit dem übrigen Europa gegenüber dem sich abschliessenden Baltenthum lebendig erhalten. Wenn der Boden zu einer Reform heute bei uns vorbereitet ist, so ist das ein Verdienst der liberalen Landtagspartei. Aber der Unterschied der hierher gehörenden Landtagsmitglieder von ihren conservativeren Nachbarn liegt eben mehr im Erkennen und Wissen, als im Wollen. Auf beiden Seiten erkennt man mehr oder weniger unumwunden an, dass man in einen Sumpf gerathen und in allmählichem Versinken begriffen sei, behauptet aber doch, keine kräftige Bewegung zur Rettung machen zu dürfen, weil man fürchtet, durch eine solche starke Bewegung mit einem Male ganz zu ertrinken. Der Unterschied des Liberalen vom Conservativen besteht hauptsächlich darin, dass Ersterer klarer als Letzterer voraussieht, wie das durch keine Bewegung gestörte Versinken schliesslich endigen müsse.

Zu allen diesen schwachen, unbestimmten und in einander übergehenden Tönen und Stimmungen trat nun die laute, dröhnende Stimme des „Wetterleuchters“ und der „Livländischen Rück-

blicke“ Wir haben hier nicht unmittelbar mit dem Inhalte dieser weitverbreiteten Broschüren zu thun; wir müssen sie nur insoweit berücksichtigen, als ihr Einfluss auf die politischen Richtungen im Lande bemerkbar geworden ist. Wir reden zunächst von den Wetterleuchten-Briefen.

Es gebührt da wohl vor Allem gerechterweise zu constatiren, dass wenn heute für die Fragen der baltischen Politik, für die Verhältnisse und Zustände im Lande in allen Gesellschaftskreisen ein regeres Interesse, als es irgend vor Jahresfrist der Fall war, sich fühlbar gemacht hat, wenn die Empfindung der Nothwendigkeit einer Reform in alle Schichten der gebildeteren Bevölkerung gedrungen ist, das zum grossen Theil Verdienst des Wetterleuchters ist. Diese Schrift darf mit weit mehr Recht ein Ereigniss genannt werden als die späteren „Rückblicke“

Wenn ferner die Reformfreunde im Landtage ihre bis dahin äusserst schüchternen Wünsche und Bestrebungen präciser zu formuliren begannen, so ist das ebenfalls theilweise dem Einflusse des Wetterleuchters zuzuschreiben. Zum Mindesten hat der Wetterleuchter allen auf dem Landtage vorgehenden Reformfreunden den grossen Dienst geleistet, dass er sie für die Zukunft vor den Vorwürfen schlimmster Art seitens ihrer Standesgenossen sicher gestellt hat. Nachdem der Wetterleuchter als Gottseibeiuns und Landesverräther *κατ'εξοχης* proklamirt worden ist, ist man natürlicherweise geneigt geworden, jede andere Reformbestrebung, so antipathisch sie Einem sonst auch sein möge, milder zu beurtheilen. Die baltische Prsse insbesondere muss dem Wetterleuchter es Dank wissen, dass er die engen Schranken dessen, was bei uns von dem öffentlich ausgesprochen werden durfte, was Jeder privatim wusste und zugab, wesentlich erweitert und in das bisher so wohlconservirte System des öffentlichen Geheimnisses einen Riss gebracht hat. Etwas anders, als der durchaus luftreinigende und wohlthätige Einfluss der Wetterleuchten-Briefe, wird die Wirkung der „Livländischen Rückblicke“ zu beurtheilen sein.

Von Vorne herein durfte man von den „Rückblicken“ nur eine geringere Wirkung erwarten, als die Wetterleuchten-Briefe sie ausgeübt hatten. Letztere waren eben zuerst gekommen, sie boten etwas ganz Neues. Die „Rückblicke“, die durch ihren Styl keinen Augenblick einen Zweifel darüber zuliessen, dass

sie aus derselben Quelle stammten, konnten im Wesentlichen nicht wieder so überraschende, so zu sagen, aufrüttelnde Gedanken bringen, wie die Wetterleuchten-Briefe. War dieser Umstand eine negative Ursache für den geringeren Erfolg der „Rückblicke“ in Livland, so trat dazu als positiver Grund der Anstoss, der durch die im ersten Theile der „Rückblicke“ enthaltene geschichtliche Darstellung gegeben wurde. In keinem Lande wäre es einem Manne verziehen worden, dass er die Geschichte der eigenen Heimath, genauer gesprochen der eigenen Vorfahren in einer Färbung schilderte, wie es in den „Rückblicken“ geschehen. Vollends musste eine solche Darstellung bei uns verletzen, wo Familienpietät und die Liebe zu einer Vergangenheit, die, wenn auch oft ärmlich und elend, doch reich an Beispielen der Zähigkeit und Ausdauer gewesen, jedem Balten tief ins Herz gewachsen ist. Der wohlmeinende Liberale musste sich von einem tendentiösen Geschichtsbilde verletzt fühlen, das selbst das Andenken der Väter nicht verschonte, um politisches Capital daraus zu schlagen, während die Conservativen, und gerade die Bedeutendsten und Besten unter ihnen, mit gerechter Entrüstung die durch jene geschichtliche Darstellung gemachte Insinuation zurückweisen durften, als seien sie heute in ihrer Politik der Abwehr von nichts als eigennützigem und kleinlichen Motiven beseelt.

Wenn demnach die Wirkung der „Rückblicke“, ihrem ersten Theile nach, als ungünstig bezeichnet werden muss, so wird doch der zweite Theil derselben eine wesentlich andere Beurtheilung erwarten dürfen.

Es ist gegen diesen zweiten, über die heutige praktische Politik handelnden Theil der Broschüre, eine starke Opposition, insbesondere auf der als „liberal“ oder gar als „radikal“ geltenden Seite hervorgetreten. Auch unterliegt es ja keinem Zweifel, dass wenn die „Rückblicke“ in der That so verstanden werden müssten, wie sie heute von den Liberalen interpretirt werden, dass sie nämlich völlige Uniformität befürworteten, sie schlechterdings bei Niemand, der mit dem natürlichen Charakter der Provinzen und ihrer Bewohner vertraut ist, Beachtung finden könnten. Die „Rückblicke“ sind eben in das leidige Schicksal jeder Streitschrift verfallen, die einen bisher gänzlich übersehenen oder ungenügend beachteten Gesichtspunkt den Lesern möglichst eindringlich zu Gemüthe führen will: sie haben Sätze, die unzweifelhafte Wahrheit, aber selbstverständlich, wie alle social-politischen Sätze, nur

relative Wahrheit enthielten, bedingungslos und uneingeschränkt hingestellt.

Es wird demnach Wenige, vielleicht Niemand geben, der mit allen Consequenzen der in den „Rückblicken“ angeregten Ideen einverstanden ist, wenn gleich es nicht übersehen werden sollte, dass die ganze conservative Landtagspartei für die logische Folgerichtigkeit und die Nothwendigkeit der von den „Rückblicken“ anempfohlenen Politik Zeugniß abzulegen scheint, da von dieser Seite gegen jeden massvollen Reformvorschlag stets der Warnungsruf erhoben worden ist, dass bei jeder Aenderung des Bestehenden, bei jedem Versuche, die jetzige Verfassung zu reformiren, wir sofort alles Dasjenige erlangen würden, was die „Rückblicke“ als Ziel unserer Politik jetzt empfehlen.

Man braucht aber in der That nicht alle Rathschläge des „Rückblickers“ sich zu eigen gemacht zu haben, um die Bedeutung dessen zu würdigen, dass in jener Broschüre hier inmitten der baltischen Provinzen einmal eindringlich darauf hingewiesen worden ist, dass wenn man eine Reform der heutigen Verfassung für nothwendig und unaufschiebbar erachtet, man nicht die Möglichkeit habe, auf der Grundlage beliebiger Principien und Theorien und nach Auswahl unter den besten Mustern, eine neue Verfassung zu construiren, sondern dass wir einzig und allein nur eine solche Reform erlangen können, die durch unsere staatliche und geographische Zusammengehörigkeit und durch unsere nationale Mischung ihren Grundzügen nach geboten ist. Unsere berechtigte Sonderart, die aus den realen Unterschieden der Sprache, der privatrechtlichen Grundlagen und der Confession entspringt, wird sich in der Eigenartigkeit unserer Schul- und Kirchenorganisation und unserer Rechtsverhältnisse stets ausprägen müssen. Diese natürlich begründete Eigenart wird uns aber in keiner Weise zu hindern brauchen, den Anforderungen unserer staatlichen Lage Genüge zu leisten. Dazu gehört freilich, dass wir letztere klar erkennen und unser politisches Denken nicht durch Träumereien und Beruhigungsmittel, die 24 Stunden vorhalten können, einschläfern. Der Kampf gegen die Illusionen auf dem Gebiete der baltischen Politik kann nicht energisch genug geführt werden, da es selbst unter den aufrichtigen Reformfreunden so Wenige giebt, die nicht einige Unlust zeigen, die Anforderungen unserer realen Verhältnisse unverschleiert in's Auge zu fassen und denselben als

festen Grössen, von denen sich einmal nichts abhandeln lässt, Rechnung zu tragen.

Je zuversichtlicher und stolzer wir auf unsere Kultur und die sittlich gesunden Zustände unserer Gesellschaft blicken, desto weniger werden wir glauben dürfen, dass dieselben von den heute bestehenden Formen abhängig sind und in neuen Formen Einbusse erleiden könnten; je mehr wir glauben, zu dem tüchtigsten und edelsten Gliedern des Reiches zu gehören, desto mehr werden wir in einer parallelen Entwicklung mit dem Reiche unsere geschichtliche Bestimmung finden müssen. Es ist einer von den Sätzen, die Jahr aus Jahr ein bei uns einem Aberglauben gleich unbedenklich nachgesprochen werden, dass wir von aussen her zu einer Aenderung der bestehenden Verfassung gedrängt würden. Niemand drängt uns und nicht wegen äusseren Druckes sind wir genöthigt, heute eine Reform vorzunehmen. Wir selbst fühlen das Bedürfniss nach einer Reform und halten die Zeit für geeignet, zu beweisen, dass man uns nicht zu drängen nöthig hat, damit wir auf die Zukunft unseres Landes und seine kräftige Fortentwicklung Bedacht nehmen.

Wir haben in Vorstehendem gesucht ein möglichst vollständiges Bild der in den politisch berechtigten Kreisen Livlands vorhandenen Richtungen, so weit dieselben in Riga zu Tage treten, zu geben, um aus der Feststellung dieser Factoren auf die Möglichkeit der Durchführung einer Reform auf eigene Initiative des Landtages zu schliessen. Wir glauben nicht, irgend eine Ansicht, die von einer grösseren Gruppe vertreten wird und die auf die spätere Richtung der Reformarbeit bestimmend werden könnte, übergangen zu haben. Andere Ansichten, die möglicherweise im Lande zwar vorhanden sind aber sich nicht zur Geltung gebracht haben, konnten wir freilich nicht aufzählen; schweigende Menschen kann man bekanntlich nicht hören, selbst wenn ihrer hundert sein sollten, und Einer, der redet, sagt mehr, als Hundert, die schweigen.

Wenn wir das Facit aus unserer Uebersicht zu ziehen suchen, so werden wir constatiren müssen, dass zwar die Meinungen im Lande über die Endziele der Politik und die Richtung der Entwicklung weit aus einander gehen, dass aber die Anerkennung der Nothwendigkeit der Reform der heutigen Verfassung, das Bedürfniss nach lebenskräftigeren Formen der öffentlichen Thätigkeit in dem grösseren und einflussreicheren Theile der politisch Be-

rechtigten vorhanden ist. Zwar stimmen diese Gruppen und Personen nur in dem Ausgangspunkte, der Nothwendigkeit einer Reform, überein; nachher trennen sich die Wege, die Jeder verfolgen will, an gewissen Punkten. Nun wohl! so gehe man doch zusammen, so weit wie das Stück Weges, das man gemeinsam zurücklegen will, eben führt; an diesem Trennungspunkte angelangt wird es ja immer noch Zeit genug sein, den bisherigen Weggenossen zu verlassen und die Sonderbahn als die einzig richtige zu bezeichnen. Praktisch gesprochen: wenn die Majorität des Landtages eine Reform der Verfassung für unabweisbar hält, aber in der Richtung derselben nicht einig ist, so vereinige sich diese Majorität doch wenigstens gegen Diejenigen, die gar keine Reform, die den beschaulichen Stillstand wollen, und bringe die Reformarbeit in praktischen Gang durch Niedersetzung einer Commission zur Ausarbeitung einer Verfassungsänderung, nach gewissen vorher festgestellten Gesichtspunkten. In der Zusammensetzung dieser Commission werden sich die Machtverhältnisse, der Landtagsgruppen, die nur in dem Wunsche einer Reform überhaupt einig sind, im Uebrigen aber auseinandergehen, ja schon zur Genüge widerspiegeln und daher die Majorität davor schützen, später einen Commissions-Antrag zu erhalten, der nur den Ansichten der Minorität entsprechen würde.

Diese Zeilen können nicht geschlossen werden, ohne ein Wort gegen einen Vorwurf zu sagen, der nach den bestehenden Anschauungen ihnen gemacht werden wird. Man wird gegen diese Zeilen die Anklage erheben, sie hätten Verhältnisse besprochen, die nicht vor das Forum des grösseren Publikums gehörten und deren Aufdeckung bewirken könnte, dass böse Menschen Gelegenheit fänden, uns an unseren schwachen Seiten zu fassen. Dieses Bedenken, das Jedem, der über die heimathlichen Verhältnisse schreiben will und sich der Verantwortung bewusst ist, entstehen muss, erweist sich indessen bei nähererer Betrachtung als überflüssig. Nur wer ferne vom Verkehr der Menschen in einem abgeschlossenen Kreise wohnt, kann sich etwa einbilden, dass eine Chinesische Mauer unser Land vor einem Einblick Anderer schützt; in Wirklichkeit hindert nichts den freiesten Einblick von Ost und West, von Nord und Süd in unsere Verhältnisse, und nicht Anderen, sondern nur uns selbst können wir heute noch einreden, dass wir im Paradiese leben. Niemand wird behaupten wollen, dass die Gefahren, die aus der allgemeinen

Stagnation unserer Verhältnisse erwachsen, durch einen officiellen Patriotismus beseitigt werden können, der den Kopf unter den Flügel steckt und nicht sehen will.

Endlich aber: es heisst über unser Land zu gering denken, wenn man behauptet, dass man die Wahrheit darüber nicht sagen dürfe. Die unumwundenste Kritik, die über unsere Verhältnisse geübt werden kann, wird zwar viel Schwäche, Indolenz und Unentschlossenheit zu verzeichnen haben, aber zugleich auf Schritt und Tritt und in jedem Hause gesunde sittliche Kräfte, ideale Lebensanschauungen, Pflichtgefühl und Berufstreue antreffen. Und ein solches Land sollte dadurch geschädigt werden können, dass man über seine schwachen Seiten offen spricht!

Die vorstehende unumwundene Kritik unserer Verhältnisse wäre unerlaubt, wenn es nicht ein feststehendes geschichtliches Gesetz gebe, dass der Verfall einer Gemeinschaft nie durch den Einfluss äusserer Mächte, sondern nur durch eigene Schuld stattfindet, ebenso wie die Regeneration einer Gesellschaft nur durch eigene Kraft und durch Selbsterkenntniss sich vollziehen kann.

